

RICHTUNGSWEISEND

Zum zehnten Mal: Deutscher Personalräte-Preis



Wie das MAGAZIN für Beamtinnen und Beamte berichtet, wird in diesem Jahr bereits zum zehnten Mal der Deutsche Personalräte-Preis verliehen. Nun stehen die Nominierten für das Jahr 2020 fest ...

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)

WELTOFFEN

Neue europäische Hochschulallianzen gefördert – 20 deutsche Hochschulen sind dabei

Wie der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) mitgeteilt hat, sind 24 weitere von der EU geförderte europäische Hochschulallianzen hinzugekommen. Prof. Dr. Peter-André Alt gratulierte allen an den ausgewählten europäischen Netzwerken beteiligten Hochschulen ...



[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)



Das junge Girokonto für Berufsstarter.¹

50,^{Euro}–
Startbonus
 für den öffentlichen
 Dienst²



www.bbbank.de/termin

¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. ²Voraussetzungen: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.07. und dem 31.12.2020, Neumitglied aus dem öffentlichen Dienst ab 16 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, Berufsstarter (Beamtenanwärter/Auszubildender), keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Nicht mit weiteren Prämien kombinierbar. Die Verbuchung des Startbonus kann bis zu 8 Wochen dauern.

Extrem flexibel. Auch auf lange Sicht.

Ein guter Tipp für alle Berufseinsteiger: das junge Girokonto¹ für Berufsstarter im öffentlichen Dienst mit 50,- Euro Startbonus² und vielen weiteren Vorteilen.

[Hier geht's zu den Vorteilen](#)

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. Stand: 01.07.2020

² Voraussetzungen: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.07. und dem 31.12.2020, Neumitglied aus dem öffentlichen Dienst ab 16 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, Berufsstarter (Beamtenanwärter/Auszubildender), keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Nicht mit weiteren Prämien kombinierbar. Die Verbuchung des Startbonus kann bis zu 8 Wochen dauern.





Michael Lutz berichtet

Michael Lutz
ist Direktor Öffentlicher
Dienst bei der BBBank

CHANCENGLEICHHEIT UNABHÄNGIG VOM GESCHLECHT

Gleichstellung im öffentlichen Dienst

Wer glaubt, die Gleichstellung sei im öffentlichen Dienst längst gelebte Praxis, irrt leider. Laut einer forsa Studie fühlen sich mehr als die Hälfte aller Frauen im Job bei der Verteilung von Aufgaben, Gehaltserhöhungen und Beförderungen diskriminiert und benachteiligt. Mit dem meist geringeren Einkommen einhergehend, haben Frauen oft auch eine schlechtere Absicherung im Alter. Zudem sind Frauen in Führungspositionen häufig noch immer stark unterrepräsentiert.

Gerade die Corona-Krise hat auch deutlich gezeigt, wie dramatisch die Defizite bei der Gleichstellung in vielen Berufen des öffentlichen Dienstes teilweise sind. Nach wie vor sind es die überwiegend von Frauen ausgeübten Berufe – meist im Kranken-, Pflege- und Erziehungsbereich –, die weder die Wertschätzung noch die

finanzielle Vergütung erfahren, die sie verdienen. Zukünftig sollte eine geschlechtsbezogene Benachteiligung langfristig beseitigt und zugleich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert werden. Die BBBank versteht sich als DIE Bank für den öffentlichen Dienst in Deutschland. Daher ist es uns auch ein besonderes Anliegen, Frauen im öffentlichen Dienst gezielt zu informieren und zu beraten. Gerade zum Thema Altersvorsorge bietet die BBBank Fachvorträge speziell für Frauen an oder organisiert in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern „Frauenabende“ in verschiedenen BBBank-Filialen.

Sie wünschen eine Beratung?

Unter Telefon 0721 141-0 oder per Mail an info@bbb.de sind wir für Sie da!



Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

BILDUNGSEINRICHTUNGEN des öffentlichen Dienstes

Wir stellen vor:

Hochschule für öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz (HöV)

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)

KURZ & BÜNDIG

Anstieg bei Nachwuchskräften des öffentlichen Dienstes

Im öffentlichen Dienst wurde das Personal – nach der deutschen Einheit – erheblich reduziert. Durch die besondere Situation des Jahres 2015 mit der Zuwanderung von mehr als einer Million Menschen ist der öffentliche Dienst und seine Personalausstattung ins Visier der Politik geraten ...

Behindertenpauschbetrag

Die Gewerkschaften begrüßen den Plan der Bundesregierung, noch im Sommer 2020 eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel einer Verdopplung der steuerlichen Pauschbeträge für Schwerbehinderte auf den Weg zu bringen ...

Bundesfrauenvertretung des dbb:

Wechsel an der Spitze

Auf einer Sitzung der Hauptversammlung der dbb-Bundesfrauenvertretung in Bonn wurde die Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung, Milanie Hengst, von den Delegierten der Fachgewerkschaften und der dbb-Landesbünde zur neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung der dbb-Bundesfrauenvertretung gewählt ...

Polizei Hamburg

Nach einem Bericht des NDR Fernsehens soll es wegen der „Hasskriminalität“ rund 50 neue Stellen für die Polizei in Hamburg geben. Polizei und Staatsanwaltschaft in Hamburg rechnen durch die gestiegenen Fallzahlen von Hasskriminalität im Netz für die Bearbeitung von Straftaten intern offenbar mit zahlreichen zusätzlichen Planstellen ...

Sonderopfer

Dem Ruf nach Besoldungskürzungen bei Beamtinnen und Beamten hat der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Friedhelm Schäfer, eine klare Absage erteilt ...

[Lesen Sie mehr zu diesen Themen](#)



IMPRESSUM

BBBank eG

Herrenstraße 2-10
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721 141-0
Telefax: 0721 141-497
Internet: www.bbbank.de
E-Mail: info@bbbank.de

Der Herausgeber dieses Newsletters ist das Marketing der BBBank eG in Karlsruhe, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe.

Die ausschließlichen Nutzungsrechte für die in diesem Newsletter verwendeten Inhalte liegen bei der BBBank eG.

Für Inhalte auf Websites anderer Anbieter, auf die dieser Newsletter verlinkt, übernimmt die BBBank eG keine Haftung.

BBBank eG

Vorstand:

Prof. Dr. Wolfgang Müller, Vorsitzender des Vorstands
Oliver Lüscher, stv. Vorsitzender des Vorstands
Gabriele Kellermann, Mitglied des Vorstands

Aufsichtsrat:

Matthias Eder (Vorsitzender)

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Sektor Bankenaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Sitz der Genossenschaft: Karlsruhe

Registergericht: Amtsgericht Mannheim GnR 100 003

Umsatzsteueridentifikationsnummer
DE 143589235

Die Europäische Kommission stellt unter <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur aussergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

Hinweis:

Die BBBank eG nimmt grundsätzlich keine Wertpapieraufträge per E-Mail entgegen. Bitte erteilen Sie Ihren Wertpapierauftrag persönlich in einer unserer Filialen, telefonisch oder über das Online-Brokerage.

Über den Umgang mit Ihren Daten informieren

Sie unsere Datenschutzhinweise unter www.bbbank.de/service/datenschutz.html

Wir haben alle verkehrsüblichen Maßnahmen getroffen, um das Risiko der Verbreitung virenbefallener Software oder E-Mails zu minimieren. Dennoch empfehlen wir Ihnen, zu Ihrem eigenen Schutz alle Anhänge nochmals auf Viren zu prüfen. Wir schließen, außer für den Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, die Haftung für jeglichen Verlust oder Schäden durch virenbefallene Software oder E-Mails aus.

Der Inhalt dieser Mail hat formalrechtlich keine Bindungswirkung. Er kann deshalb zu keiner irgendwie gearteten Verpflichtung zu Lasten der Bank führen.

Der Nutzung Ihrer (E-Mail-)Adresse zu Werbezwecken können Sie jederzeit, z. B. unter info@bbbank.de widersprechen.

Bildnachweis

TOP 1: metamorworks / Adobe Stock

TOP 2: Gorodenkoff / Adobe Stock



Kontaktieren

RICHTUNGSWEISEND

Zum zehnten Mal: Deutscher Personalräte-Preis



Quelle: metamorworks / Adobe Stock

Wie das MAGAZIN für Beamtinnen und Beamte berichtet, wird in diesem Jahr bereits zum zehnten Mal der Deutsche Personalräte-Preis verliehen. Nun stehen die Nominierten für das Jahr 2020 fest. Aus allen Einsendungen wählte eine Jury zehn beispielhafte Projekte aus, die anlässlich des Schöneberger Forums in Berlin im November 2020 vorgestellt und prämiert werden sollen. Die Debeka ist Partner des Deutschen Personalräte-Preises und die BBBank gehört seit vielen Jahren zu den Ausstellern beim Schöneberger Forum.

Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ und wird ausgelobt vom Frankfurter Bund-Verlag. Die Jury besteht aus neun Sachverständigen aus den Bereichen „Wissenschaft, Verwaltung und Gewerkschaften“, u. a. die stellv. Bundesvorsitzende des DGB, Elke Hannack und der Stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek.

Zu den Nominierten für den Deutschen Personalräte-Preis 2020 zählen beispielsweise der Örtliche Personalrat Bundeskriminalamt Berlin, der mit der „innovativen Ausgestaltung von Personalversammlungen“ zur Erhöhung der Mitarbeiterbeteiligung beitragen will. Der Personalrat der studentischen Beschäftigten Technische Universität Berlin hat eine „Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit“ für rund 2.500 studentische Mitarbeiter/innen der TU Berlin abgeschlossen. Der Gesamtpersonalrat AOK PLUS – die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen, Chemnitz – hat eine Zeitspende vorgeschlagen, „Ein PLUS an Miteinander“.

Sehr schön ist, dass sich auch dieses Mal Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) mit entsprechenden Ideen beteiligt haben. So hat beispielsweise die JAV beim Umwelt-

bundesamt Dessau-Roßlau einen Vorschlag vorgelegt, wie die „Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der JAV“ gelingen kann.

Der Hauptpersonalrat vom Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft in Dresden hat einen „Sozialplan zum Ausgleich oder zur Milderung von wirtschaftlichen Nachteilen infolge von Standortverlagerungen“ durchsetzen können. Der Personalrat der Stadtverwaltung Allgemeine Verwaltung in Düsseldorf hat sich erfolgreich gegen das Outsourcing der Reinigung eingesetzt. Die Hauptschwerbehindertenvertretung des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft in Erfurt hat eine viel beachtete „Inklusionsvereinbarung“ durchsetzen können. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei Eutin haben mit der Initiative zu „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, wie sich junge Anwärterinnen und Anwärter vom latenten Vorwurf des Rassismus bei der Polizei distanzieren können. Der Gesamtpersonalrat der Lehrer/innen des Staatlichen Schulamtes in Frankfurt am Main hat eine „Dienstvereinbarung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen“ durchgesetzt. Der Personalrat und die Schwerbehindertenvertretung an der Hochschule Hannover hat die „Entwicklung und den Abschluss einer Inklusionsvereinbarung“ auf den Weg bringen können.

Weitere Informationen finden Sie unter www.dprp.de bzw. www.schoeneberger-forum.de

Zurück zur Übersicht



WELTOFFEN

Neue europäische Hochschulallianzen gefördert – 20 deutsche Hochschulen sind dabei



Quelle: Gorodenkoff / Adobe Stock

Wie der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) mitgeteilt hat, sind 24 weitere von der EU geförderte europäische Hochschulallianzen hinzugekommen. Prof. Dr. Peter-André Alt gratulierte allen an den ausgewählten europäischen Netzwerken beteiligten Hochschulen. Mit 20 Hochschulen, die an 18 der ausgewählten Allianzen mitwirken, ist die deutsche Beteiligung noch erfreulicher als in der ersten Runde. Damals waren 15 deutsche Hochschulen in 14 der insgesamt 17 Netzwerke einbezogen. Die deutschen Hochschulen übernehmen damit Verantwortung für die europäische Entwicklung und stehen für Vernetzung, internationale Zusammenarbeit und Weltoffenheit. Folgerichtig gestalten sie nun die Grundidee der europäischen Hochschulallianzen im Rahmen der unterschiedlichen Konzepte der einzelnen Netzwerke mit.

Die Allianzen haben die anspruchsvolle Aufgabe, nachhaltig Strahlkraft im Sinne einer lebendigen wirklichen Gemeinschaft in Europa zu entfalten. Dabei sind sie in ihrer ganzen Komplexität als Orte von Studium, Lehre und Forschung gefragt. Diese einmalige Qualität von Hochschulen kann damit in Europa weiter wachsen und wird deutlicher sichtbar.

Weiter teilte die HRK mit, dass es nun gelte, den Fortschritt der Hochschulallianzen aufmerksam zu beobachten und sie zu einer Erfolgsgeschichte zu machen – im Sinne der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Europas. Vor den geförderten Projekten liegen offenbar große Aufgaben, die Zeit für den Aufbau, für die Erprobung und Nachsteuerung brauchen.

Zukünftig stehen den europäischen Hochschulnetzwerken über drei Jahre zusätzlich zu den jeweils fünf Millionen Euro aus Erasmus+ auch zwei Millionen Euro zur Stärkung der gemeinsamen Forschung aus Horizont 2020 zur Verfügung. Insgesamt verfügen die ersten 41 Netzwerke mit 280 beteiligten Hochschulen somit für drei Jahre über 287 Millionen Euro. Im Rahmen ihrer Strategien sollen gemeinsame Studiengänge entstehen, die Mobilität von Wissenschaftler/innen und Studierenden gefördert sowie Strukturen für gemeinsame Forschung aufgebaut werden.

Mitgliedshochschulen der HRK

Die HRK hat derzeit 268 Mitgliedshochschulen, die in der Ordnung der HRK folgenden Anlagen zugeordnet sind:

- Universitäten, Technische Hochschulen
- Fachhochschulen
- Pädagogische Hochschulen in Baden-Württemberg
- Kunst- und Musikhochschulen
- Philosophisch-Theologische Hochschulen und Kirchliche Hochschulen
- sonstige Hochschulen

Die Adressen, Links und Ansprechpartner der Hochschulen finden Sie im [HRK-Hochschulkompass](#).

[Zurück zur Übersicht](#)



BILDUNGSEINRICHTUNGEN des öffentlichen Dienstes

Wir stellen vor: Hochschule für öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz (HöV)

Die Hochschule für öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz (HöV) hat ihren Sitz in Mayen und ist eine interne Hochschule des Landes. Sie wurde 1981 gegründet. Die HöV bietet die beiden Studiengänge „Verwaltung“ und „Verwaltungsbetriebswirtschaft“ mit verschiedenen Studienschwerpunkten an.

Die Hochschule für öffentliche Verwaltung wird geleitet von Direktor Klaus Weisbrod und versteht sich als Dienstleister in Sachen Verwaltungsmanagement und qualifiziert breit einsetzbare Expertinnen und Experten für das obere und mittlere Management im öffentlichen Sektor, insbesondere für die

- Kommunalverwaltungen
- staatlichen Verwaltungen
- Deutsche Rentenversicherung des Landes Rheinland-Pfalz.

Die HöV bietet dabei den zukünftigen Beamtinnen und Beamten und vergleichbaren Beschäftigten ein berufsintegriertes Studium zur Erlangung der Zugangsvoraussetzungen für das dritte Einstiegsamt im Verwaltungsdienst der Laufbahn Verwaltung und Finanzen an. Die HöV ist für die ressortübergreifende fachbezogene Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung zuständig. Diese Aufgabe nimmt sie in Kooperation mit der Kommunalakademie Rheinland-Pfalz e. V. wahr.

Duales Bachelor Studium

Das Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz vermittelt wissenschaftliche Grundlagen und Kompetenzen sowie praxisbezogene Qualifikationen. Es dauert drei Jahre und ist modular aufgebaut. Charakteristisch für dieses duale Studienkonzept ist die Kombination

- eines Studiums auf Hochschulniveau mit
- einer praxisbezogenen Ausbildung im Bereich der Kommunal- und Landesverwaltung oder bei der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz.

Hochschule und Ausbildungsbehörden übernehmen gemeinsam als Partner die Aufgabe, die Studierenden für ihre berufliche Tätigkeit zu qualifizieren. Im Studium wechseln sich jeweils theoretische Studienphasen in Mayen mit Praxisphasen in den Behörden ab. Eine Übersicht über die einzelnen Phasen finden Sie [hier](#).

Die theoretischen Lerninhalte sind dabei auf die Erfordernisse der Verwaltungspraxis abgestimmt und beziehen aktuelle Entwicklungen mit ein.

Bachelor of Arts

Die Studierenden erwerben nach einem erfolgreichen Studium den Abschluss „Bachelor of Arts“ in den Studiengängen Verwaltung oder Verwaltungsbetriebswirtschaft. Sie können dabei nicht nur zwischen den genannten beiden Studiengängen wählen, sondern innerhalb der Studiengänge auch die Schwerpunkte Verwaltungsinformatik, Recht der gesetzlichen Rentenversicherung oder Straßen- und Verkehrsrecht wählen.

Das Studium an der HöV zeichnet sich gegenüber dem Studium an Universitäten und anderen Hochschulen durch einige Besonderheiten aus:

- Das Studium wird in festen Studiengruppen absolviert. Der Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden ist damit viel direkter; Zwischenfragen und Rückkopplungen sind möglich und verbessern die Wissensvermittlung. Feste Kurse begünstigen auch den Zusammenhalt der Studierenden.
- Kein/e Studierende/r wird allein gelassen. Studienberatung wird großgeschrieben. Das Studium kann von Anfang an zielgerichtet aufgenommen und durchgeführt werden. Hier geht es zur [Seite der Beratungsstelle](#).
- Insgesamt 21 Monate theoretische Ausbildung an der HöV und 15 Monate Praxisanteile in der Verwaltung vermitteln eine grundlegende Berufsfertigkeit, mit der Fähigkeit, sich in neue Arbeitsfelder schnell einzuarbeiten.

Verzahnung von Theorie und Praxis

Die HöV Rheinland-Pfalz und die Ausbildungsbehörden übernehmen gemeinsamen als Partner die Aufgabe, die Studierenden und Auszubildenden für ihre berufliche Tätigkeit zu qualifizieren. In Zusammenarbeit mit den Behörden gliedert sich das dreijährige Studium in aufeinander abgestimmte fachtheoretische und berufspraktische Studienabschnitte. Die theoretischen Studieninhalte sind dabei auf die Erfordernisse der Verwaltungspraxis abgestimmt und beziehen aktuelle Entwicklungen mit ein. In den berufspraktischen Studienzeiten werden die so vermittelten Lehrinhalte vertieft und praktisch umgesetzt. Die praxisnahe Ausbildung in den Behörden vor Ort gewährleistet, dass die Absolventinnen und Absolventen sofort berufsfähig sind.

Weitere Informationen zu

- Bewerbung
 - Ausbildungsbehörden
 - Einstellungstermin
 - Modulhandbücher
- finden Sie [hier](#).



Eine Übersicht der Lehrenden mit den jeweiligen Kontaktdaten findet Sie [hier](#).

Darüber hinaus bietet die HöV berufsbegleitende Studiengänge, Coachings sowie weitere bedarfsorientierte Fortbildungsangebote an, die sich sowohl an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung als auch an die der Landesverwaltung richten. Im Mittelpunkt der Fortbildungsqualifizierung für die Verwaltung in Rheinland-Pfalz steht der Grundsatz des „lebenslangen Lernens“. Die HöV hat hierzu ein passgenaues Konzept mit Qualifizierungsmodulen entwickelt.

Kooperation der HöV

Die HöV Rheinland-Pfalz pflegt seit Jahren themen- und projektbezogene Kooperationen mit den unterschiedlichsten Stellen innerhalb und außerhalb der Verwaltung. So werden jährlich Konferenzen (z. B. Reihe „Mayener Forum - Mit der Praxis im Dialog“ oder „E-Government-Forum Rheinland-Pfalz 24“) unter Mitwirkung externer Partner durchgeführt. Im Bereich der Fortbildung und bei praxisbezogenen Forschungsprojekten kooperiert die HöV mit zahlreichen anderen Institutionen (z. B. der Kommunalakademie Rheinland-Pfalz, mittelständischen

Unternehmen, Kommunen und Behörden der Landesverwaltung).

Gratulation an 350 Absolventinnen und Absolventen aus ganz Rheinland-Pfalz

Herr Staatsminister Lewentz, Herr Direktor Weisbrod und Herr Arndt als Vertreter des Abschlussjahrgangs haben für die Absolventen Videobotschaften aufgenommen und die Prüfungsbesten geehrt.

Erinnerungen an das Studium.

Kontaktdaten der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz (HöV)

Postanschrift:

St.-Veit-Straße 26-28

56727 Mayen

Telefon: 02651 983-0

Telefax: 02651 76488

Email: info@hoev-rlp.de

www.hoev-rlp.de

[Zurück zur Übersicht](#)

KURZ & BÜNDIG

Anstieg bei Nachwuchskräften des öffentlichen Dienstes

Im öffentlichen Dienst wurde das Personal – nach der deutschen Einheit – erheblich reduziert. Durch die besondere Situation des Jahres 2015 mit der Zuwanderung von mehr als einer Million Menschen ist der öffentliche Dienst und seine Personalausstattung ins Visier der Politik geraten.

Flüchtlinge und andere Zuwanderungen sowie der Anstieg der Geburtenrate haben die Infrastruktur des öffentlichen Bereichs in erheblicher Weise beansprucht (u. a. Kindergarten, Schulen, Bundesagentur für Arbeit). Daneben ist in der Bevölkerung das Sicherheitsbedürfnis extrem gewachsen.

Die Politik hat die Personalausstattung des öffentlichen Bereichs in den letzten sieben Jahren in einer Weise ausgebaut, wie das seit 30 Jahren nicht mehr der Fall war. Allein in den beiden letzten Jahren ist der Umfang an Beschäftigten

des öffentlichen Sektors um jeweils mehr als 100.000 angewachsen. Bedeutsam ist dabei vor allem der Personalzuwachs des klassischen öffentlichen Dienstes. Wurden bei Berufseinsteigern seither Auszubildende und Beamtenanwärter fast hälftig eingestellt, ist der Anteil an den Beamtenanwärtern nun deutlich gestiegen (127.910 in 2018 statt 105.360 in 2011). Diese Entwicklung wird allein schon deshalb anhalten, weil im öffentlichen Dienst ein wahrhaft riesiger Generationenwechsel bevorsteht. Berechnungen des letzten Versorgungsberichts der Bundesregierung zufolge wird in den kommenden zehn Jahren jeder vierte Beamte durch Pensionierung aus dem Dienst ausscheiden. Dies wird dazu führen, dass auch in den nächsten Jahren mehr Beamtenanwärter/innen neu in den Beamtendienst eingestellt werden.

Exorbitante Entwicklung bei den Nachwuchskräften

Berufseinsteiger (Auszubildende/Beamtenanwärter)	30.06.2018	30.06.2011
Auszubildende, Praktikanten	107.345	102.177
Beamtenanwärter/innen (Mittl. und Gehobener Dienst)	127.910	105.360
Insgesamt	235.255	207.537



Behindertenpauschbetrag

Die Gewerkschaften begrüßen den Plan der Bundesregierung, noch im Sommer 2020 eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel einer Verdopplung der steuerlichen Pauschbeträge für Schwerbehinderte auf den Weg zu bringen. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat könnten dann im Herbst ein Gesetz beschließen.

Das Vorhaben geht auf den Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD zurück. Die Pauschbeträge sind seit 1975 unverändert. Nach rund 45 Jahren kommt jetzt Bewegung in die Thematik. Der DSTG-Bundesvorsitzende, Thomas Eigenthaler, sagte in einem ersten Statement: „Das ist ein überfälliger Akt steuerlicher Gerechtigkeit gegenüber Menschen mit Handicap. Wir begrüßen das sehr.“ Eine Verdopplung sei angemessen, nachdem man mehr als vier Jahrzehnte lang nicht angepasst habe. Der Vorschlag baue auch Bürokratie ab, da man nicht mehr auf Einzelnachweise der Betroffenen abstellen müsse.

Bundesfrauenvertretung des dbb: Wechsel an der Spitze

Auf einer Sitzung der Hauptversammlung der dbb-Bundesfrauenvertretung in Bonn wurde die Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung, Milanie Hengst, von den Delegierten der Fachgewerkschaften und der dbb-Landesbünde zur neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung der dbb-Bundesfrauenvertretung gewählt. Die Leverkusenerin erzielte mit 268 von 269 abgegebenen Stimmen ein herausragendes Ergebnis.

Zuvor hatte die seitherige Bundesvorsitzende, Helene Wildfeuer, erklärt, nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stehen. Die passionierte fränkische Steuerbeamtin, Gewerkschafterin und Personalrätin Wildfeuer stand 22 Jahre an der Spitze dieses Gremiums. Die Neuwahl war bereits im April auf einem dbb-Bundesfrauenkongress vorgesehen, musste aber – bedingt durch die Corona-Pandemie – verschoben werden.

Die Sitzung im Bonner Maritim Hotel fand unter strikter Einhaltung der behördlichen Sicherheitsregeln statt. Nachdem die scheidende Vorgängerin, Helene Wildfeuer, mit viel Lob, vielfältigem Dank und unter langen „Standing Ovations“ verabschiedet worden war, stellte sich die Nachfolgekandidatin, Milanie Hengst, in einer bravourösen und kämpferischen Rede den Delegierten vor. Die zweifache Mutter konnte auf ihre breite Erfahrung als Gewerkschafterin in der DSTG und im dbb, als langjährige Personalrätin sowie auf ihre lange und intensive Frauen- und Genderarbeit und auch auf ihr kommunalpolitisches Engagement in ihrer Heimatstadt verweisen. Auch ihr Eintreten für ein familienfreundliches Steuerrecht kam zur Sprache. Dies überzeugte die Delegierten.

Aus dem Gremium ausgeschieden ist Astrid Hollmann (VRFF). Neu gewählte Beisitzerinnen wurden Synnöve Nüchter (komba) und Michaela Neersen (dbb Sachsen-Anhalt).

Polizei Hamburg

Nach einem Bericht des NDR Fernsehens soll es wegen der „Hasskriminalität“ rund 50 neue Stellen für die Polizei in Hamburg geben. Polizei und Staatsanwaltschaft in Hamburg rechnen durch die gestiegenen Fallzahlen von Hasskriminalität im Netz für die Bearbeitung von Straftaten intern offenbar mit zahlreichen zusätzlichen Planstellen.

Der ehemalige Justizsenator Till Steffen (Bündnis 90/Die Grünen) und der amtierende Innensenator Andy Grote (SPD) haben das geplante Gesetz begrüßt. Demnach müssen soziale Medien künftig bei Androhung, Billigung oder Aufruf zu Straftaten, Volksverhetzung, Bedrohung oder auch nur Beleidigung die entsprechenden Postings nicht nur löschen, sondern diese in einem automatisierten Verfahren inklusive IP-Adressen und Account-Namen an das Bundeskriminalamt (BKA) melden. Das BKA meldet die Fälle dann an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter. Das LKA Hamburg rechnet nach Informationen des NDR Hamburg Journals mit bis zu 4.000 zusätzlichen Straftaten jährlich. Die Personalkosten sollen nach ersten Berechnungen jährlich vier Millionen Euro betragen, plus einmalig 15 Millionen Euro für die Anschaffung moderner IT-Ausrüstung.

Hier können Sie sich den Fernsehbeitrag des NDR [ansehen](#).

Sonderopfer

Dem Ruf nach Besoldungskürzungen bei Beamtinnen und Beamten hat der zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Friedhelm Schäfer, eine klare Absage erteilt.

Mit Blick auf die steigenden Staatsausgaben wurden zuletzt vereinzelt Stimmen laut, anstehende Besoldungsanpassungen für die Beamtinnen und Beamten des Bundes und der Länder auszusetzen. „Sonderopfer machen keinen Sinn“, sagte Schäfer dazu in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 16. Juli 2020). „Sie sind ungerecht und schaden der Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Die Besoldung hat sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu orientieren, das hat auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Und das geschieht in der Regel dadurch, dass die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen werden.“

[Zurück zur Übersicht](#)

